

Fußballrealität
Zur Kontrolle

Nyon. Die Ethik- und Disziplinarkommission der Europäischen Fußballunion (UEFA) wird eine Ermittlung gegen den FC Barcelona einleiten. Am Donnerstag mittag teilte die UEFA mit, die entsprechenden Gremienmitglieder ernannt zu haben, die einen möglichen Verstoß gegen die Rechtsordnung des Verbandes untersuchen sollen. Anlass sind bekanntgewordene Millionen-zahlungen des Klubs an einen Schiedsrichterfunktionär.

In der Affäre hatte vor knapp zwei Wochen bereits die Staatsanwaltschaft Anzeige wegen des Verdachts der Korruption erstattet. Die Ermittler seien zu dem Schluss gekommen, dass die gezahlten Beträge dazu gedient hätten, Barça bei der Entscheidungsfindung der Schiedsrichter zu begünstigen, hatte eine Justizsprecherin am 10. März mitgeteilt. Zwischen 2001 und 2018 habe der Klub mehr als 7,3 Millionen Euro an den früheren Vizepräsidenten des Schiedsrichterausschusses CTA, José María Enriquez Negreira, gezahlt. Sowohl Vereinsvertreter als auch Enriquez Negreira haben die geschäftlichen Verbindungen eingeräumt, aber den Vorwurf der Korruption zurückgewiesen. Barças aktueller Präsident Joan Laporta prangerte »eine Kampagne zur Destabilisierung des Teams und zur Kontrolle des Klubs« an. (dpa/iw)

Fußballrealität
Hübsches Sümmchen

Manchester. Im Ringen um einen Verkauf des englischen Fußballrekordmeisters Manchester United haben die Eigentümer Medienberichten zufolge die Frist verlängert. Interessenten wie der britische Milliardär James Ratcliffe, Chef des Petrochemieunternehmens Ineos, und der katarische Geschäftsmann Scheich Jassim bin Hamad Al Thani hätten nun bis Freitag abend Zeit, ihre Angebote einzureichen. Das berichteten mehrere britische Medien am Donnerstag. Demnach sollen beide mit bis zu fünf Milliarden Pfund Sterling (5,65 Milliarden Euro) bieten – eine Rekordsumme für einen Sportklub. (dpa/iw)

Eishockeyrealität
Safety first

Zürich. Eishockeynationalteams aus Russland und Belarus dürfen auch in der Saison 2023/2024 noch nicht wieder an offiziellen Turnieren des Weltverbandes IIHF teilnehmen. Das teilte die IIHF nach einer regulären Councilsitzung am Mittwoch mit und begründete dies offiziell mit Sicherheitsbedenken. Bezug auf den Ukraine-Krieg wurde in dem Zusammenhang nicht genommen. (dpa/iw)



Wisst ihr noch? In einem nicht ganz so unbekanntem Land, vor gar nicht allzu langer Zeit, war eine Gruppe sehr bekannt, von der sprach alles weit und breit. Wo sie nicht waren? In zumeist leeren Bundesligastadien, deren Teilauslastung vieles war, aber nicht gut für die Stimmung. Nach etlichem Hin und Her und einigen sehr unterschiedlichen Versuchen, die Arenen wieder voll zu bekommen, kamen vor rund zwölf Monaten die meisten der bundesweit über 50.000 aktiven Fans wieder zurück. Die Ultras waren wieder da. Und wie! Jede Fanszene begrüßte sich selbst, die anderen Anhänger und ihre Mannschaft mit dem Abbrennen von Pyrotechnik, wie es in der Szene beliebt ist. Dazu kamen einige Jubiläen der Ultragruppierungen, die entweder noch ordentlich nachgefeiert werden mussten oder eh anstanden. In den ersten Monaten der erneuten Vollauslastung war auch für viele »Normalo-Fans« der Anblick der von Bengalos, Farbtöpfen und Blinkern gefärbten Kurven das Highlight sportlich noch so grauer Spieltage, sogar Platzstürme kamen dazu. Und wie reagierten die Vereinsoberen, die Verbände und der Staat? Sie waren wohl zunächst arg beeindruckt, wie viele das Abbrennen von Pyrotechnik mittlerweile begrüßen.

Wegen dieser positiven Grundstimmung hoffte manch einer, dass endlich Bewegung in die Sache kommt. In Hamburg spielte die lokale Politik schon lange mit dem Gedanken, der HSV-Fanszene das Abbrennen »kalter Pyro« zu erlauben, die an der Funken-spitze nur maximal 200 Grad Celsius

Nicht lange fackeln

Grundsätzliches über das Pyroverbot im Stadion. Teil eins von zwei. **Von Raphael Molter**

erreicht. Laut Leuten wie Johannes B. Kerner reichen aber auch solche Temperaturen, um Kinderpuppen anzuzünden. Dabei zeigen sich in der Realität ganz andere Probleme mit der skandinavischen Entwicklung: Die Feinstaubbelastung ist bei kalter Pyro erheblich höher als bei handelsüblicher. Nichtsdestotrotz wurde vor drei Jahren das Experiment gewagt, die HSV-Ultras sind damit wohl mit die einzigen, die in einem Fußballstadion legal Pyrotechnik zünden konnten. Aber auch der damalige Berliner Senat zeigte sich für Experimente aufgeschlossen und wollte ein eigenes Modell erproben, die Bundesregierung schrieb sich 2021 die Durchführung eines »einjährigen

Pilotprojekts zum sicheren Einsatz von Pyrotechnik beziehungsweise kalter Pyrotechnik« in den Koalitionsvertrag. Das gemeinsame Ziel scheint klar: Pyrotechnik soll in abgespeckter Form legalisiert werden. Eine gemeinsame Erklärung vieler deutscher Ultragruppierungen spricht sich dafür aus, Vereine haben kein finanzielles Interesse an Strafen und auch mancher Politiker äußerte sich verständnisvoll, wo bislang die Forderungen konservativer Hardliner nach höheren Strafen überwogen. Die Zeiten der Diffamierung einer großen Sub- und Jugendkultur scheinen zumindest in dieser Hinsicht beendet. Bereits im Zuge der Anti-Hopp-Proteste kurz vor der Pandemie fanden sich plötzlich einige Vertreter der Ultras in Fernsehtalkshows wieder, bekamen endlich eine Plattform.

Es ist wie bei der Debatte über die Legalisierung von Cannabiskonsum. Es geht nicht um eine reine Entkriminalisierung, die übrigens in beiden Fällen deutlich einfacher umzusetzen wäre. Damit hätte man auf einen Schlag dafür gesorgt, dass Menschen für derlei Schabernack nicht der polizeilichen Willkür ausgesetzt sind und strafrechtliche Konsequenzen fürchten müssen. Nähme man die Aussagen einiger Politiker ernst, nach denen es zuallererst um einen Abbau staatlicher Repression sowie von Einsatzstunden der Polizei gehe, müsste es zwar irgendwann tatsächlich zu einer Legalisierung kommen. Aber die Lösung einer vollständigen Entkriminalisierung wird nicht angestrebt. Warum nicht?

Hier geht es um Fragen des Rechts, also eine Sache, zu der vor allem

Ultras ein widersprüchliches Verhältnis haben. Denn die vielfältigen Repressionen, denen sie unterworfen sind, dienen angeblich der Durchsetzung geltenden Rechts – von der Wohnungsdurchsuchung bis zur Verhinderung eines Stadionbesuchs. Doch das Recht hat auch eine eingeschränkt emanzipatorische Funktion. Es steht schließlich nicht einfach so da, als hätte Moses gerade das BGB vom Berg Sinai gebracht, sondern ist änderbar und ständig umkämpft. Die bürgerlich-liberale Demokratie bietet einige Möglichkeiten, rechtliche Regelungen für progressive Anliegen zu nutzen.

Historisch betrachtet sind das jedoch oft Pyrrhussiege. Nehmen wir etwa die rechtliche Anerkennung von Gewerkschaften. Viele wurden nach der Verabschiedung des Sozialistengesetzes im Oktober 1878 im Deutschen Reich verboten, Bismarck bekämpfte die organisierte Industriearbeiterschaft hart. Heute sind Gewerkschaften nicht nur legal, sondern integraler Teil eines rechtlich gefassten korporatistischen Modells, der sogenannten Sozialpartnerschaft. Dabei unterliegt das Streikrecht starken Einschränkungen: Solidaritätsstreiks und politische Streiks sind beispielsweise verboten, womit die Möglichkeit eines Generalstreiks zur Veränderung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse (und damit ein Ende des Kapitalismus) kriminalisiert ist. Eine sehr widersprüchliche Entwicklung also. Und für Fußballfans lehrreich.

■ Teil zwei erscheint in der Montagausgabe

Was nicht passieren darf ■ Beim Fananwalt. Von René Lau

Vor ziemlich genau drei Jahren gingen wir in den ersten Lockdown. Das Land wurde heruntergefahren, wie Mehltau legten sich Geisterspiele über den Fußball. Standen wir als Fans staunend-abwartend vor dieser neuen Situation, merkten Verbände, Vereine und Medien rasch, dass das kein Dauerzustand werden darf. Der Allerwerteste ging ihnen auf Grundeis, sie suchten den Dialog mit den Fans, rückten von alten Auffassungen ab, verfielen in Demut. Mancher Fan rieb sich verwundert die Augen, wie schnell hier zurückgerudert, Besserung für die Zukunft gelobt wurde. Alles, alles sollte anders werden: Fans stärker einbezogen, Tradition mehr beachtet, der schnöde Mammon sollte fortan nicht mehr alles sein.

Obwohl die Hoffnung der Fans groß war – da musste es doch einen Haken geben. Dieser Haken war die Zeit, die voranschritt. Die Zuschauer kehrten zurück ins Stadion, Corona hatte seinen Schrecken verloren. Plötzlich war alles gar nicht mehr so gemeint gewesen, die Euro-Zeichen blinkten wieder in den Augen der Funktionäre. Heute ist, wie es hätte werden können, vollständig vergessen. Wenn es um etwas geht, dann vor allem darum, den Fans das Geld aus der Tasche zu ziehen. Die DFL ist nun jünger auf die aberwitzige Idee gekommen, Anteile

ihrer Medienerlöse an Großinvestoren zu veräußern. 15 Prozent sollen für 25 bis 30 Jahre an einen strategischen Partner verkauft werden, man rechnet mit einer Einmalzahlung von bis zu drei Milliarden Euro. Mit der eingenommenen Summe will man angeblich »nachhaltiger arbeiten« und die Vereine beteiligen. Da ist es nicht erstaunlich, dass die Klubs nicht den Aufstand üben. Aber mit noch mehr Geld wird das System Profifußball nicht »nachhaltiger«, weitere Kommerzialisierung führt zu noch stärkerer Entfremdung von den Fans. Außerdem ist davon auszugehen,

dass die Gelder nach den handelsüblichen Schlüsselfaktoren verteilt werden, die eh schon Reichen also mehr bekommen als die Ärmere. Die Ungleichheit zwischen den Vereinen würde weiter zementiert.

Nein, ein Verkauf von Anteilen der DFL-Medienerlöse – an wen auch immer und egal in welcher Höhe – ist keine gute Idee. Sie konterkariert alles, was zwischen Fans, Vereinen und Verbänden vereinbart wurde und mindert die Glaubwürdigkeit der Funktionäre noch weiter. Anders gesagt: Der Einstieg von Investoren wäre eine radikale Weichenstellung im deutschen Profifußball. Und ist die Weiche erst gestellt, fährt kein Zug mehr zurück, um doch noch eine andere Richtung einzuschlagen.

»Sport frei!« vom Fananwalt.

